

- 1 37. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
- 2 Dresden, 07.-09. Februar 2014

3 Beschluss (vorläufig)

4 **A. GUT LEBEN, NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN ÖKOLOGISCH UND** 5 **GERECHT**

6 Für uns GRÜNE ist klar: Europa kann mehr, wenn es seine Chancen nutzt. Um den Menschen in
7 der EU heute und in Zukunft ein gutes Leben zu ermöglichen, ist eine veränderte Politik nötig.
8 Dazu wollen wir über das Europäische Parlament den Umwelt- und Klimaschutz voranbringen
9 und die gesellschaftliche Teilhabe aller stärken. Hierfür streben wir eine sozial-ökologische Mo-
10 dernisierung der Wirtschaft an, die diesen Zielen dient und die Zukunft unserer Kinder nicht ver-
11 spielt.

12 Konservative und Sozialdemokraten begegnen den Herausforderungen von morgen mit ener-
13 gie- und wirtschaftspolitischen Konzepten von vorgestern. Zusammen mit mächtigen Wirt-
14 schaftslobbys versuchen sie immer noch, Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen.
15 Für den Klimaschutz entscheidende Reformen etwa des EU-Emissionshandels werden systema-
16 tisch ausgebremst – auch von der deutschen Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel. Der für
17 Energie zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger handelt als verlängerter Arm der Atom-
18 und Kohlelobby. Konzepte für eine nachhaltige Energieversorgung werden nicht vorgelegt.

19 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und Europas Wirtschaft **grün erneu-**
20 **ern**. Denn von ehrgeizigem Klimaschutz, hohen Umweltstandards und einer europaweiten Ener-
21 giewende profitieren Mensch, Wirtschaft und Natur. Wir wollen einen Wettbewerb um die
22 energieeffizientesten Produkte und die umweltfreundlichsten Mobilitätskonzepte entfachen. So
23 schaffen wir durch Investitionen und Innovation eine grüne industrielle Revolution und neue
24 Jobs mit Zukunft.

25 Wir **halten zusammen**, indem wir wirtschaftliche und soziale Chancen allen in Europa eröffnen.
26 Gerade die krisengeplagten Länder Südeuropas wollen wir durch Investitionen im Klima-
27 schutz, Infrastruktur und Bildung unterstützen, ihre Wirtschaft zu beleben, auf nachhaltige
28 Grundlage zu stellen und so die Arbeitslosigkeit langfristig zu bekämpfen. Entschieden wenden
29 wir uns gegen alle Versuche, europäische Umweltstandards auszuhöhlen und in umweltpoliti-
30 sche Kleinstaaterei zurückzufallen.

31 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa auf Augenhöhe bringen mit den
32 Unternehmen, damit sie stärker **mitentscheiden** können, was und wie produziert wird. Deshalb
33 setzen wir auf umfassende Verbraucherinformation und starke Verbraucherorganisationen als
34 Gegengewicht zu den Wirtschaftslobbys. Mit der Energiewende ermutigen wir BürgerInnen und
35 Kommunen, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen und sich unabhängig zu
36 machen von den großen Stromkonzernen.

37 Im Europäischen Parlament sind wir GRÜNE die einzige verlässliche Stimme für eine konsequen-
38 te Energiewende in der EU. Wir setzen uns für verbindliche und ambitionierte europäische Kli-
39 ma- und Energieziele ein und sagen: Atomkraft, nein danke – in ganz Europa! Als einzige Frakti-

40 on im Europäischen Parlament stellen wir uns zudem entschieden gegen den Anbau gentech-
41 nisch veränderter Pflanzen und die Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel.

42 GRÜN macht den Unterschied: Grüner Umwelt- und VerbraucherInnenschutz hat EU-weit die
43 Luft sauberer, Flüsse gesünder und Produkte sicherer gemacht. Der ökologische Landbau ge-
44 nießt heute breite Unterstützung. Und dank der GRÜNEN im Europäischen Parlament wird nun
45 stärker gegen die Überfischung und Verschmutzung der Meere vorgegangen.

46 A.1. FÜR KLIMASCHUTZ UND EINE ENERGIEWENDE IN EUROPA

47 **A. 1.1 Vorfahrt für erneuerbare Energien**

48 Unser Ziel ist ein Europa ohne Atom, Kohle und Fracking. Ein Europa, dessen Wohlstand sich
49 aus umwelt- und klimafreundlichen Energiequellen speist. Seit Jahrzehnten warnt uns die Wis-
50 senschaft vor den Folgen des Klimawandels. Wir kennen das menschliche Leid und den wirt-
51 schaftlichen Schaden, den Stürme, Dürren und Überflutungen verursachen, und wissen, dass es
52 höchste Zeit ist zu handeln. Doch aller Dringlichkeit zum Trotz steht die europäische Klimapolitik
53 still. Angesichts der Vorschläge zu den klima- und energiepolitischen Zielen der EU für das Jahr
54 2030 droht sogar eine Abkehr von der bisherigen Klimapolitik. Innerhalb der EU und auch auf
55 internationaler Ebene fehlt die Entschlossenheit sich auf verbindliche Abkommen zu einigen. Die
56 Abhängigkeit Europas von Importen fossiler Rohstoffe ist bedrohlich hoch und wächst ständig.

57 Das hat auch erhebliche direkte Kosten für Europas Wirtschaft. Da Europa heute nur noch halb
58 so viel Öl fördert wie vor fünfzehn Jahren und auch Schieferöl keine tragbare Alternative ist,
59 wächst die Abhängigkeit der EU von Importen fossiler Rohstoffe ständig. Schon heute kosten
60 die Importe Europas Volkswirtschaft der Europäischen Union mehr als 430 Mrd. Euro pro Jahr.
61 Kosten, die vor allem auch die Krisenländer der EU stark schädigen. Eine Verringerung des euro-
62 päischen Kohle-, Gas- und Erdölverbrauchs trägt daher nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern
63 stärkt auch Europas Wirtschaftskraft und beugt internationalen Konflikten um Rohstoffe vor.

64 Wir GRÜNE wollen als einzige Partei ein Europa der Erneuerbaren Energien und der Energieeffi-
65 zienz. Anders als Atomkraft und fossile Brennstoffe sind sie sicher und umweltfreundlich. Erneuer-
66 bare Energien schonen nicht nur das Klima. Anders als die Atomkraft sind sie sicher und im
67 Gegensatz zu Kohle und Öl umweltfreundlich. Und die beste Nachricht ist: Europa ist reich, sehr
68 reich an erneuerbaren Energiequellen. Die Potentiale an Windkraft, Sonnenenergie, Wasserkraft,
69 Geothermie und Biomasse reichen bei weitem aus, um den gesamten Energiebedarf der EU in
70 der Zukunft vollständig aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Erneuerbare Energien ma-
71 chen uns VerbraucherInnen weniger abhängig von RWE, Vattenfall und Co. und Europa unab-
72 hängiger von Russland und den Ölscheichs. Erneuerbare Energien bieten BürgerInnen die Chan-
73 ce, die Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. So schützen wir die Umwelt und
74 schaffen die Grundlage für Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie sowie umweltverträgliche
75 und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Alleine in Deutschland sind mit dem Erneuerbare-Energien-
76 Gesetz 400.000 Jobs entstanden bzw. erhalten worden. Aber auch die starke Rolle der Erneuer-
77 baren in anderen europäischen Ländern wie Österreich, Portugal oder Dänemark zeigt, dass die
78 Energiewende in Europa nicht nur möglich, sondern auch wirtschaftlich ist. Deshalb wollen wie
79 den Erneuerbaren Energien Vorfahrt geben und sie weiter verlässlich und kosteneffizient för-
80 dern. Ein Einspeisevorrang, wie beispielsweise beim deutschen EEG, könnte in ganz Europa die
81 notwendige Energiewende weiter voran bringen. Subventionen für Atom und Kohle erteilen wir
82 dagegen eine klare Absage. Unser Ziel ist es, alle umweltschädlichen Subventionen abzubauen.

83 Wir wollen ein intelligentes Stromnetz, das die erneuerbaren Energiequellen dezentral verknüpft
84 und überregional verbindet.

85 Wir wollen Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die natürlichen
86 Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für die
87 Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotentiale in
88 Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen Struktu-
89 ren.

90 Neue Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und die Förderung
91 von unkonventionellem Erdgas durch Fracking lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren
92 für Gesundheit und Umwelt ab. Frankreich ist mit seinem unbefristeten Fracking-Verbot ein
93 Vorreiter.

94 Wir wollen die Energieversorgung in Europa sozial gerecht und bezahlbar für alle gestalten. In-
95 vestitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare schaffen Arbeitsplätze und reduzieren die Kos-
96 ten. Wir wollen allerdings, dass alle davon profitieren. Unter anderem wollen wir durch die För-
97 derung des Umstiegs auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch privaten VerbraucherInnen
98 und kleinen Unternehmen eine bezahlbare Grundversorgung mit Strom und Wärme ermögli-
99 chen. Wir setzen uns für die wirksame Umsetzung der europäischen Regelungen gegen Ener-
100 giearmut ein.

101 **A.1.2 Klimaschutz verbindlich und ambitioniert gestalten**

102 Wir GRÜNE fordern ambitionierte, verbindliche und vor allem langfristige Ziele. Verlässliche Kli-
103 maschutzziele geben der Energiewende einen Rahmen, schaffen Planungssicherheit für Unter-
104 nehmen und konkretisieren den europäischen Beitrag zur internationalen Klimapolitik und
105 schützen damit Klima und Umwelt.

106 Unser Ziel ist es, einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern und den globalen Tempe-
107 raturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das setzt voraus, dass die Europäi-
108 sche Union ihre klimaschädlichen Emissionen bis 2050 um 90 Prozent gegenüber dem Jahr
109 1990 reduziert. Auf dem Weg dahin setzen wir uns für eine Emissionsminderung um mindes-
110 tens 30 Prozent bis 2020 ein. Für 2030 fordern wir einen neuen Dreiklang der Ziele: mindestens
111 40 Prozent Energieeinsparung, mindestens 45 Prozent Erneuerbare Energien und mindestens 55
112 Prozent Reduzierung der Treibhausgase. Eigenständige Ziele für Erneuerbare Energien und Ener-
113 gieeffizienz sind unverzichtbar und klare Investitions- und Innovationssignale für die Wirtschaft.

114 **A.1.3 Emissionshandel zum Klimaschutzinstrument machen**

115 Damit sich grünes Wirtschaften lohnt, müssen sich die gesellschaftlichen Kosten, die durch Ver-
116 schmutzung und Ressourcenverbrauch entstehen, in den Preisen widerspiegeln. Aufgrund eines
117 Überangebots an Zertifikaten im EU-Emissionshandel ist der Zertifikatpreis so stark eingebro-
118 chen, dass er keinen Anreiz mehr für Klimaschutzinvestitionen bietet.

119 Wir GRÜNE wollen, dass Klimaschutz sich auszahlt. Wer das Klima schädigt, darf nicht billig da-
120 vonkommen. Deshalb wollen wir den Emissionshandel grundlegend reformieren und einen Min-
121 destpreis für Emissionszertifikate einführen. Überschüssige Zertifikate müssen dauerhaft vom
122 Markt genommen werden. Die Möglichkeit, europäische Klimaschutzvorgaben durch ökologisch
123 fragwürdige Projekte außerhalb der EU zu unterlaufen, wollen wir wirksam verhindern. Die
124 durch den Emissionshandel eingenommen Gelder sollen in globale Klimaschutz- und Anpas-
125 sungsmaßnahmen investiert werden.

126 Der Flugverkehr und die Seeschifffahrt müssen in den EU-Emissionshandel einbezogen
127 werden. . Wir wollen eine grüne Schifffahrt – d.h. eine Verbesserung der Effizienz, eine Reduzie-
128 rung der Emissionen und einen umweltfreundlichen Betrieb – insbesondere auch auf hoher See.

129 **A.1.4 Energieeffizienz: Endlich Ernst machen!**

130 Energieeffizienz erhöht die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und mindert die Abhängigkeit
131 von Öl- und Gasimporten. Sie bietet wirtschaftliches Potenzial für Anbieter von Effizienztechno-
132 logie sowie Einsparpotenzial für die EnergieverbraucherInnen. Die eingesparten Kosten helfen,
133 höhere Energiepreise zu kompensieren und damit steigende Lebenshaltungskosten sozial abzu-
134 federn sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu schützen. Die EU-Kommission be-
135 stätigt: 20 Prozent mehr Energieeffizienz würden fast 200 Mrd. Euro einsparen und Hunderte
136 Kohlekraftwerke überflüssig machen. Trotzdem hat die Bundesregierung die Energieeffizi-
137 enz-Richtlinie der EU verwässert und ausgebremst.

138 Wir GRÜNE wollen dagegen Ernst machen mit Energieeinsparung und Energieeffizienz. Das be-
139 reits beschlossene Ziel von 20 Prozent Effizienzsteigerung bis 2020 muss endlich verbindlich ge-
140 macht und umgesetzt werden. Wir wollen einen Wettbewerb um die besten Lösungen entfa-
141 chen, bei dem die effizientesten Geräte den Standard setzen und Stromfresser nach und nach
142 aus den Regalen verschwinden (Top-Runner-Ansatz). Dazu bedarf es eines verbindlichen Effizi-
143 enzziels für die EU, das den Energieverbrauch insgesamt senkt, und ehrgeiziger Verbrauchs-
144 grenzwerte für Autos und Elektrogeräte. Außerdem muss eine verständliche Kennzeichnung es
145 VerbraucherInnen möglichst leicht machen, Energieverbrauch und Folgekosten von Produkten
146 zu vergleichen. Die großen Energiesparpotentiale in Gebäuden wollen wir nutzen. Dazu muss
147 die Gebäudeeffizienz-Richtlinie konsequent umgesetzt, evaluiert und weiterentwickelt werden.
148 Forschungsnetzwerke und Informationsprogramme, die den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung
149 dieser Richtlinie helfen, wollen wir fortführen. Auch bei den notwendigen Informations- und
150 Weiterbildungsmaßnahmen wollen wir die Mitgliedstaaten unterstützen sowie europaweite In-
151 vestitionen in energetische Gebäudesanierung stärken. Hierin liegt ein enormes Arbeitsplatzpo-
152 tential, welches gerade in Krisenländern Wachstumschancen bietet und zur wirtschaftlichen Er-
153 holung beitragen kann.

154 **A.1.5 Atomausstieg in der ganzen EU vorantreiben**

155 Wir wollen einen Atomausstieg in der ganzen EU. Noch wird in 14 der 28 Mitgliedstaaten
156 Atomstrom erzeugt. Aber die Hochzeit der Atomstromproduktion in der EU liegt zum Glück
157 weit hinter uns. Anzahl der betriebenen Reaktoren und erzeugte Menge an Atomstrom sind seit
158 Jahren stark rückläufig. Wir wollen konsequent dafür sorgen, dass sich dieser Prozess raus aus
159 Atom und rein in die Erneuerbaren in der ganzen EU beschleunigt. Dagegen verstecken sich
160 CDU / CSU und besonders die FDP hinter der Regelung, dass jedes Land seinen Energiemix
161 selbst bestimmen kann, und hinter dem Euratom-Vertrag und stimmen im Europäischen Parla-
162 ment weiterhin pro Atomenergie.

163 Der Euratom-Vertrag ist ein Relikt aus einer anderen Zeit. Als Ziel wird in seiner Präambel die
164 „Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie“ genannt. Wir sagen dazu entschieden nein! Wir
165 halten es nicht mehr für tragbar, dass nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima
166 der Atomkraft als Hochrisikotechnologie immer noch strukturell und finanziell eine Sonderstel-
167 lung eingeräumt wird. Atomkraft ist gefährlich, sie ist teuer und sie hinterlässt ein für Mensch
168 und Umwelt gefährliches Erbe. Diese Gefahren machen nicht vor nationalen Grenzen Halt. Des-
169 halb brauchen wir strikte gemeinsame Regeln in der EU, um diese Gefahren soweit wie möglich
170 zu begrenzen und zu überwachen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Euratom-Vertrag
171 grundlegend zu reformieren und zu demokratisieren. Es muss Schluss sein mit der Forschungs-
172 förderung zum Ausbau der Atomenergie, mit Genehmigungsprivilegien und Begünstigung von
173 Investitionen für Atomkraft. Stattdessen wollen wir die Forschung im Bereich Atomenergie auf
174 Gesundheits-, auf Sicherheits- und auf Entsorgungsfragen konzentrieren.

175 Es müssen gemeinsame strikte Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Tech-
176 nik eingeführt und strenge und stetige Kontrollen garantiert werden. Für den Fall von Atomun-

177 fällen fordern wir EU-weit eine unbeschränkte Haftung der Betreiber. Der Export von Atommüll
178 und abgebrannten Kernbrennstoffen über die Grenzen der EU hinaus soll verboten werden. Nu-
179 kleare Proliferation muss konsequent verhindert werden.

180 Wir fordern, dass europäische Atomkraftwerke endlich angemessen versichert werden und die
181 Betreiber von AKW ausreichende Mittel für die Entsorgung des atomaren Mülls hinterlegen.
182 Denn die absolut unzureichende Vorsorge europäischer Atomkraftwerksbetreiber stellt eine sub-
183 stanziale und inakzeptable Subvention aus öffentlichen Kassen dar.

184 Eine realistische Versicherung der möglichen Schäden würde Atomstrom bereits heute unwirt-
185 schaftlich machen. Wir fordern EU-weit eine unbeschränkte Haftung der Betreiber sowie der
186 Betreiberstaaten für den Fall von Atomunfällen. Für einen Gau eines seiner staatlichen Atom-
187 kraftwerke haftet bspw. Frankreich nur mit 100 Millionen €. Fukushima hat bis heute bereits
188 100 Milliarden € gekostet. Auch das noch immer bestehende demokratische Defizit des Eura-
189 tom-Vertrags stellen wir an den Pranger: Wir wollen, dass endlich das Europäische Parlament
190 über entsprechende Gesetze mit entscheidet und die BürgerInnen das Recht erhalten, auch zu
191 allen Fragen der Atomenergie eine Europäische Bürgerinitiative zu ergreifen.

192 Es ist Zeit für eine europäische Energiewende mit dem Ausstieg aus der Europäischen Gemein-
193 schaft für Atomenergie und dem Einstieg in eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare
194 Energien (ERENE). Sie soll den effizienten Ausbau Erneuerbarer Energien innerhalb der EU för-
195 dern und Europa so zum Vorreiter der Energieversorgung des 21. Jahrhunderts machen.

196 **A.1.6 Europäische Energiewende von unten**

197 BürgerInnen, Kommunen und Regionen aber auch regionale Unternehmen und Handwerk sind
198 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische
199 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Sowohl Ballungszentren wie beispiels-
200 weise das Ruhrgebiet und die Rhein-Main-Region, Metropolregionen wie London und Paris,
201 forschungs- und entwicklungsorientierte Kompetenzzentren, wie die Region Nordhessen, als
202 auch der ländliche Raum leisten an der Schnittstelle von Stadtentwicklung, Regionalplanung
203 und Energiepolitik entscheidende Beiträge für eine „Energiewende von unten“. Dänische Kom-
204 munen wiederum gehen bei der Zusammenführung von Wärme- und Stromsektor voran. Auch
205 davon kann Europa lernen. Die Rekommunalisierung von Energieversorgung und Energienetzen
206 ist ein wichtiger Baustein für Demokratisierung und Akzeptanz.

207 Um kommunales Handeln und Engagement zu fördern, muss die EU die regionalen und lokalen
208 Potentiale durch kluge und unbürokratische Förderpolitik unterstützen. Technologien zur Kraft-
209 Wärme-Kopplung einschließlich der Fernwärmeinfrastruktur sowie den Aufbau von intelligenten
210 Netzen wollen wir durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung fördern.

211 Positive Beispiele zeigen, was möglich ist; so etwa der „Konvent der Bürgermeister“, in dem die
212 EU einen Zusammenschluss von fast 5.000 europäischen Kommunen in ihren Klimaschutzbe-
213 strebungen unterstützt oder auch die 100-Prozent-Erneuerbaren-Regionen und die 'Transi-
214 tion-Town-Bewegung'. Das ist auch ein grüner Erfolg.

215 **A.2. DIE WIRTSCHAFT AUF EINEN NACHHALTIGEN KURS BRINGEN**

216 **A.2.1 Grüner Wirtschaften**

217 Wir verstehen die Wirtschaft als Partnerin und wollen eine starke europäische Industrie, die
218 schonend mit Ressourcen umgeht und emissionsarm produziert. Denn wir überfordern bereits
219 heute die ökologische Leistungsfähigkeit unseres Planeten. Rohstoffverbrauch und Naturaus-
220 beutung erreichen jährlich neue Höchststände. Doch unsere bisherige Art zu wirtschaften blen-
221 det Umweltschäden aus den "Marktpreisen" aus. Europa braucht den Aufbau grüner Wirt-

222 schaftszweige und eine grundlegende Neuausrichtung ressourcenintensiver Industrien.

223 Wir wissen, dass dies eine gewaltige Herausforderung für die Unternehmen in Europa ist. Des-
224 halb wollen wir die Unternehmen mit innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedin-
225 gungen bei diesem Prozess unterstützen. Dazu gehören steuerliche Anreize für Investitionen
226 und ein erleichterter Wissenstransfer, vor allem zu den kleinen und mittleren Unternehmen, z.B.
227 indem eine engere Zusammenarbeit mit den Forschungszentren der EU gefördert wird. Dazu
228 gehört mehr Transparenz über die ökologischen und gesellschaftlichen Kosten wirtschaftlichen
229 Handelns, um die externen Kosten besser abschätzen und einpreisen zu können. Die Ökobilan-
230 zen verschiedener Unternehmen zeigen, wie mehr Transparenz geschaffen werden kann. Dazu
231 gehört aber auch eine stärkere Produktverantwortung, um Wiederverwertung und Ressour-
232 ceneffizienz zu verbessern. Grünes Wirtschaften heißt geschlossene Stoffkreisläufe anzustreben
233 – das muss schon bei der Produktentwicklung ansetzen. Das wollen wir fördern, indem wir ver-
234 mehrt Ressourcenverbrauch statt Arbeitskraft besteuern und die europäische Ökodesign-Richtli-
235 nie um die Kriterien Wiederverwertung und Effizienz erweitern. Mit einer innovativen Rohstoff-
236 politik wollen wir wertvolle Ressourcen weniger verwenden, wieder verwenden oder durch an-
237 dere Materialien ersetzen. Das vermindert die Abhängigkeit von Importen und macht Europas
238 Unternehmen wettbewerbsfähiger. Wir sind überzeugt, dass ein effizienterer Verbrauch von
239 Rohstoffen gerade in Krisenzeiten wie ein Konjunkturprogramm wirken kann. So wird allein für
240 Deutschland von einem Einsparpotenzial von bis zu 100 Mrd. Euro ausgegangen.

241 Die von uns Grünen durchgesetzten neuen Regeln zu Elektroschrott zeigen, wie es gehen kann:
242 Sie verringern unsere Müllberge, sparen wertvolle Ressourcen und machen die Rückgabe alter
243 Geräte für VerbraucherInnen leichter. Der ökologische Umbau eröffnet vor allem auch große
244 Chancen: Grüne Industrie- und Innovationspolitik will Europas Industrie dabei unterstützen,
245 Kostensenkungspotenziale zu erschließen und einen wichtigen Platz auf dem globalen Markt für
246 Umwelttechnik und Ressourceneffizienz zu sichern. Viele Unternehmen sind deshalb längst öko-
247 logisch und hochgradig innovativ, wenn es um Ressourcenschutz und -einsparung geht. Wir
248 wollen sie als Partner gewinnen und mit ihnen das große Projekt unserer Zeit, den ökologischen
249 Umbau unserer Wirtschaft und Industriegesellschaft, verwirklichen. Auch damit leisten wir einen
250 relevanten Beitrag zum Klimaschutz und schaffen bzw. sichern Arbeitsplätze in vielen Sektoren.
251 Um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Umbau der Wirtschaft mitzunehmen, for-
252 dern wir für sie ein Recht auf Weiterbildung. Ökologische Inhalte sollten fester Bestandteil von
253 Fortbildungen sein und eine entsprechende Rolle in der Zusammenarbeit zwischen Unterneh-
254 men, Zulieferern, Dienstleistern Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und Forschungszen-
255 tren in der EU spielen. Der grüne Umbau ist ein gewaltiges Investitionsprogramm mit großem
256 Kapitalbedarf, gerade auch aufgrund grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte wie Stromnet-
257 ze oder Verkehrswege. Damit schafft er attraktive grüne Anlagemöglichkeiten für öffentliches
258 und privates Kapital und trägt dazu bei, den Anlagestau am Kapitalmarkt aufzulösen. Das für
259 moderne Netze bereitgestellte Budget im EU-Haushalt – „Connecting Europe Facility“ – muss
260 mit seinem ursprünglich geplanten Finanzvolumen von 50 Mrd. Euro ausgestattet und vor allem
261 auf ökologische Projekte fokussiert werden. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung privaten
262 Kapitals spielt die Europäische Investitionsbank (EIB). Wir wollen bei der Investitionsstrategie der
263 EIB klare Prioritäten für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur, da-
264 mit sie stärker zum Motor der ökologischen Modernisierung wird.

265 **A.2.2 Wirtschaftlichen Fortschritt neu denken**

266 Europa braucht dringend andere Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung jenseits des
267 Bruttoinlandsprodukts. Die soziale und ökologische Dimension darf nicht länger bei der Beurtei-
268 lung unseres Wirtschaftens ausgespart werden. Wir wollen hierfür durch die europäische Statis-

269 tikbehörde alternative Indikatoren weiterentwickeln lassen, um die konventionelle Erfassung un-
270 serer Wirtschaftsdaten zu erweitern. Unser Entscheiden und Handeln auf europäischer Ebene
271 muss konsequent an diesen Indikatoren ausgerichtet werden. Außerdem wollen wir in der EU
272 darauf hinwirken, Steuerausnahmen abzubauen.

273 Unternehmen aus der EU nehmen ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung oft nur ungenü-
274 gend wahr. Die kurzfristige Sicherung von Aktionärsinteressen und Profitmaximierung stehen
275 oft an erster Stelle. Hier wollen wir durch Reformen des EU-Unternehmensrechts Anreize zu
276 nachhaltigen, partizipativen und sozial ausgewogenen Unternehmensentscheidungen setzen:
277 Geschlechtergerechtigkeit durch die Sicherung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche und
278 gleichwertige Arbeit“, Quotenregelungen, Steuertransparenz, verbindliche ökologische und so-
279 ziale Ziele für Unternehmen sowie Stärkung der MitarbeiterInnenmitbestimmung.

280 Wir wollen Unternehmen solidarischer Ökonomie besonders unterstützen, weil sie eine wichtige
281 Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft spielen. Unternehmen soli-
282 darischer Ökonomie setzen mit unternehmerischen Mitteln soziale und ökologische Ziele um.
283 Stadtteilgenossenschaften, die arme Quartiere mit neuem Leben erfüllen. Sozialunternehmen,
284 die nicht einfach den Unternehmenswert maximieren wollen, sondern auf den gesellschaftlichen
285 Nutzen ihrer Produkte und Dienstleistungen abzielen. Bürgerenergieinitiativen, die sich mit de-
286 zentraler Energieerzeugung die Macht von den Energiekonzernen zurückholen und die Produk-
287 tionsprozesse demokratisch gestalten. Vereine und Stiftungen brauchen eigene europäische
288 Rechtsformen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen brauchen einen besseren Zugang zur öf-
289 fentlichen Auftragsvergabe und zu unbürokratischer Hilfe und Darlehen.

290 A.3. INNOVATIONSKRAFT STÄRKEN

291 **A.3.1 Europa braucht Forschung!**

292 Wir brauchen innovative, wissenschaftliche und technologische Lösungen, um die großen Her-
293 ausforderungen unserer Zeit, wie soziale Ungleichheit, den Klimawandel, die Energiewende
294 oder auch den demografischen Wandel, bewältigen zu können. Damit schaffen bzw. halten wir
295 attraktive und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Europa. Es war unverantwortlich, dass konservati-
296 ve und sozialdemokratische Mehrheiten die notwendigen Investitionen in Forschung und Ent-
297 wicklung im EU-Haushalt ihrem kurzfristigen Sparkurs geopfert haben. Das gesetzte Ziel der
298 EU-Mitgliedstaaten, 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus-
299 zugeben, wird damit nicht erreicht. Wir GRÜNE wollen nicht nur an diesem Ziel festhalten, son-
300 dern die Mittel für diesen Bereich weiter erhöhen – trotz und gerade wegen der Finanz- und
301 Wirtschaftskrise. Forschungsstarke Mitgliedstaaten sollen ihre Mittel an die Ausgaben der glo-
302 balen Spitzenreiter anpassen und auf mindestens 3,5 Prozent des BIP erhöhen.

303 Zusätzlich wollen wir GRÜNE den Europäischen Forschungsrat, der grundlagenorientierte For-
304 schung finanziert, weiter stärken. Außerdem wollen wir die europäische Projektforschung deut-
305 licher an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen ausrichten. Eine einseitige Fokusie-
306 rung auf einzelne Wissenschaftsbereiche lehnen wir ab..

307 Innovation erfordert auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlich finanzierten Forschungsein-
308 richtungen, Hochschulen, kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) und der Indus-
309 trie. Auf Seiten der Wissenschaft wollen wir dabei europaweit Hochschulen in einem dynami-
310 schen Forschungsraum stärken.

311 **A.3.2 Für eine nachhaltige und transparente EU-Forschungspolitik**

312 Der europäische Forschungsraum lebt auch vom Austausch und der Mobilität seiner Forschenden.
313 Zur Zeit sind viele gut ausgebildete Akademiker und Akademikerinnen europaweit arbeits-
314 los oder hängen sich von einem befristeten Vertrag zum anderen. Um den wissenschaftlichen

315 Nachwuchs zu stärken, müssen Initiativen gestartet werden, die dauerhafte Stellen in der For-
316 schung schaffen, aber auch den Zugang zum privaten und öffentlichen Sektor erleichtern. Fer-
317 ner soll Geschlechtergerechtigkeit bei EU-Forschungsvorhaben mithilfe von verbindlichen Ziel-
318 vorgaben wie nach dem Kaskadenmodell erhöht werden, und die Portabilität von Versorgungs-
319 ansprüchen sollte verbessert werden.

320 Eine moderne Forschungspolitik ermöglicht Beteiligung. Grüne Forschungspolitik will einen
321 transparenten und öffentlichen Prozess für eine Debatte über Inhalte von Forschungsprogram-
322 men, Forschungsschwerpunkte, Chancen, Risiken und ethische Grenzen von Forschung. Dazu
323 gehört vor allem, Transparenz über Inhalte, Ziele, Beteiligte sowie Zusammensetzung und Höhe
324 der Forschungsmittelverwendung herzustellen. Dies betrifft Mittel der Institute, aber auch der
325 Forschungsprojekte, an denen öffentliche Universitäten beteiligt sind, sowie die Auswirkungen
326 der Drittmittelfinanzierungen auf andere Zuschüsse.

327 Der sogenannten "Sicherheitsforschung" stehen wir kritisch gegenüber. Dies gilt dort, wo mit
328 europäischen Mitteln Forschung finanziert wird, die Überwachung und Ausspähung perfektio-
329 nieren oder die "Festung Europa" abschotten helfen soll. Dies gilt umso mehr für alle Versuche,
330 militärische Forschung mit europäischen Mitteln zu finanzieren. Wir wollen Forschungsvorhaben
331 nachhaltig fördern, die sich darauf richten, die informelle Selbstbestimmung und den Schutz der
332 Privatsphäre im Internet zu stärken.

333 Das von der EU geförderte Forschungsprojekt um den Kernfusions-Versuchsreaktor ITER ist ein
334 Milliardengrab. Bis 2020 sollen weitere 2,7 Milliarden für ITER ausgegeben werden. Geld, das
335 im knappen EU-Haushalt für sinnvollere Investitionen fehlt. Deutschland sollte seine Beteiligung
336 an ITER aufkündigen. Moderne Energieforschung muss dafür da sein, Wege in eine klimaver-
337 trägliche und ressourcenschonende Energieversorgung aufzuzeigen.

338 Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Förderung entstanden sind, müssen der Öffentlich-
339 keit auch zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir freien Zugang zu Veröffentlichungen EU-
340 geförderter Forschung gewährleisten und fordern eine Open-Access-Pflicht für entsprechende
341 Forschungsergebnisse.

342 Im Sinne des Open-Data-Prinzips wollen wir zudem leicht zugänglich Informationen über die
343 EU-Forschungsförderung bereitstellen. Das Potenzial der Digitalisierung und des Internets muss
344 für Forschung, Bildung und Wissens- und Technologietransfer noch nutzbarer werden. Hierzu
345 gehören der Ausbau digitaler Infrastrukturen, die Anpassung der Immaterialgüterrechte und der
346 Transfer von Forschungsergebnissen in die Aus- und Weiterbildung.

347 **A.3.3 Kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerk stärker fördern**

348 Kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) und Handwerk sichern Arbeit und Ausbil-
349 dung. Sie bilden mit 99% aller Unternehmen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Eine
350 große Vielfalt von KMU sichert regionale Stabilität auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.
351 Damit sich erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der breiten Fläche durchsetzen, braucht
352 es die Unternehmen und das Handwerk vor Ort. Dabei sind ihre Strukturen, etwa was die Mit-
353 arbeiteranzahl, die Rechtsform oder Zugangsvoraussetzungen betrifft, in den einzelnen EU-Mit-
354 gliedsstaaten sehr unterschiedlich. Dies muss in den Werkzeugen zur Förderung und bei den
355 rechtlichen Anforderungen an KMU und Handwerk berücksichtigt werden, um diesen die Vor-
356 teile des Binnenmarktes zu erschließen und gleichzeitig ihre Vielfalt zu erhalten. Wir GRÜNE
357 haben erfolgreich dafür geworben im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Hori-
358 zon 2020“ ein speziell auf die Forschungs- und Entwicklungsbedürfnisse der KMUs zugeschnit-
359 tenes Förderinstrument neu einzuführen. Seine Bewährung vorausgesetzt, wollen wir diesen
360 Ansatz weiterentwickeln um die Beteiligung der KMUs zu stärken. Zur Stärkung der Innovati-
361 onskraft von KMU wollen wir im Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 insgesamt neue

362 und transparente Förderinstrumente ohne zu hohen administrativen Aufwand bereitstellen.
363 Auch bei der Formulierung konkreter Programmlinien im Rahmen von Horizont 2020 müssen
364 die Forschungs- und Entwicklungsbedürfnisse von KMUs stärker berücksichtigt werden.

365 Durch die Ausgestaltung der Finanzierungsregeln und Verwertungsrechte wollen wir künftig in
366 öffentlich-privaten Partnerschaften Augenhöhe sicherstellen. Wir wollen die Bemühungen im
367 Rahmen des Small Business Act (SBA) für Europa weiter intensivieren. Europäische Normen
368 müssen in Bezug auf bürokratischen Aufwand und Umsetzung die Möglichkeiten von KMU
369 stärker im Blick haben und das im SBA verankerte Prinzip „Vorfahrt für KMU“ berücksichtigen.
370 Zur Förderung des gemeinsamen Binnenmarktes sind wie im SBA vorgesehen die umsatzsteuer-
371 lichen Regelungen und Anforderungen für Unternehmen zu entbürokratisieren und gleichzeitig
372 betrugssicher auszugestalten. Der bessere Zugang zu Finanzierungen, eine Stärkung von Unter-
373 nehmensgründungen sowie Unterstützung für KMU bei ressourcenschonendem Wirtschaften
374 sind weitere Ziele des SBA, die wir weiter intensiv verfolgen wollen. Zugleich sollten bestehende
375 KMU-Finanzierungsprogramme aufgestockt werden, auch um den infolge der Wirtschafts- und
376 Finanzkrise erschwerten Kreditzugang aufzufangen. Die Interessen der KMUs sollen besser bei
377 der Entwicklung europäischer Industrienormen berücksichtigt werden. Zudem brauchen KMU,
378 Gründer und Handwerk EU-weit leichteren Zugang zu öffentlichen Aufträgen durch einfachere,
379 transparentere und unbürokratische Vergabeverfahren, um ihnen neue Märkte zu erschließen.

380 A.4. GRENZENLOS MOBIL IN EUROPA

381 **A. 4.1 Umweltfreundlich unterwegs**

382 Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens, Voraussetzung für gesellschaftliche
383 Teilhabe und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Zugleich ist Mobilität ein wichti-
384 ger Baustein für das Zusammenwachsen Europas. Gerade für die junge Generation wird das Rei-
385 sen und Leben jenseits nationaler Grenzen immer selbstverständlicher. Unser Ziel ist eine nach-
386 haltige und barrierefreie Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich
387 effizient ist. Das gelingt durch einen Dreiklang aus Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung
388 von Verkehr. So können wir die steigenden Verkehrsemissionen, welche knapp ein Viertel der
389 gesamten EU-Treibhausgasemissionen ausmachen und seit 1990 um 29 Prozent zugenommen
390 haben, wirksam senken.

391 Wir GRÜNE setzen Prioritäten zugunsten des barrierefreien öffentlichen Verkehrs und einer in-
392 telligenten Verknüpfung der Verkehrsträger. Das ist für die tägliche Mobilität der BürgerInnen
393 wichtiger als teure Prestigeprojekte. Deshalb wollen wir den Umweltverbund von Bus, Bahn,
394 Fähre, Fahrrad und Zufußgehen stärken und um innovative Mobilitätsdienstleistungen wie Car
395 Sharing oder Bike Sharing ergänzen. Wir unterstützen zudem die von allen Fraktionen im Euro-
396 päischen Parlament getragene Empfehlung, den Städten und Kommunen die Einführung von
397 Tempo 30 zu erleichtern. Europas Radinfrastruktur wollen wir weiter ausbauen und dafür die
398 verfügbaren EU-Förderprogramme nutzen. Die Fahrradmitnahme in allen Zügen soll zudem EU-
399 weit zur Selbstverständlichkeit werden.

400 Das europäische Eisenbahnnetz ist ein Flickenteppich, dessen Lücken oft exakt an den Staats-
401 grenzen zu finden sind. Das wollen wir ändern und das Schienennetz ausbauen! Damit Europa
402 auch auf der Schiene zusammenwächst, wollen wir der Wiederherstellung der durch Krieg und
403 Nachkriegszeit zerstörten, grenzüberschreitenden und international bedeutenden Abschnitten
404 Vorrang einräumen und die EU-Finanzmittel dort entsprechend konzentrieren. Dazu ist die Kon-
405 zeption der transeuropäischen Verkehrsnetze konsequent weiter zu verfolgen. Es muss sicherge-
406 stellt werden, dass Fördermittel für derartige Projekte zu realen Verbesserungen führen und
407 nicht vor allem bisher verantwortliche Ebenen stückweise aus der Finanzierungsverantwortung
408 entlassen. Die europäischen Bahnverkehrsunternehmen sollen stärker kooperieren, dass es etwa
409 überall möglich ist Fahrkarten für die ganze EU zu kaufen.

410 Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf Schiene und Wasserwe-
411 ge. Das schont das Klima, senkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe. Wir wollen nicht
412 länger sinnlos Steuermilliarden verschwenden für den Bau und Erhalt unrentabler Kleinstflughä-
413 fen oder ökologisch und ökonomisch fragwürdiger Tunnelgroßprojekte, wie die geplante feste
414 Fehmarnbeltquerung.

415 Mit einer ökologischen Verkehrspolitik ist insbesondere auch eine Lärmreduzierung verbunden.
416 Dazu muss zum einen die EU-Umgebungslärmrichtlinie fortentwickelt und die Umsetzung stär-
417 ker forciert werden. Wir fordern verbindliche und ambitionierte Lärmgrenzwerte für Straßen-
418 und Schienenfahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge. Weiter setzen wir uns auf europäischer Ebene
419 für die Reduzierung von Fluglärm ein und wollen den Nationalstaaten ausdrücklich Betriebsbe-
420 schränkungen zur Durchsetzung von Lärmschutz einräumen, zum Beispiel Nachtflugverbote.-
421 Überdimensionierte Wasserautobahnen für die Binnenschifffahrt und die damit verbundene Zer-
422 störung von natürlichen Flusslandschaften wie im Falle der Elbe oder der Donau lehnen wir
423 ebenfalls ab.

424 **A.4.2 Mehr Klimaschutz und Innovation im Straßenverkehr**

425 Hauptverursacher für die hohen CO₂-Emissionen des Verkehrssektors ist mit mehr als 70 Pro-
426 zent der Straßenverkehr. Deshalb erfordert Klimaschutz im Verkehr neben neuen Mobilitätskon-
427 zepten auch einen Wandel in der Autoindustrie hin zu Elektromobilität sowie ressourcenschö-
428 nenden und schadstoffarmen Fahrzeugen.

429 Wir GRÜNE sehen ambitionierte CO₂-Grenzwerte als Chance für Wirtschaft und Klima: Wir
430 wollen in der Europäischen Union bis 2025 einen Grenzwert von 60g CO₂ pro Kilometer für den
431 Flottendurchschnitt von Neuwagen erreichen. Die Privilegien für große spritschluckende Dienst-
432 limousinen wollen wir streichen und Anreize zur Nutzung besonders sparsamer Autos schaffen,
433 wie z.B. durch die Einführung von kostenneutralen Bonus-/Malussystemen abhängig vom CO₂
434 Ausstoß bei der Erstzulassung von PKWs.

435 Trotzdem setzen viele Autobauer noch immer vor allem auf große, sprithungrige Limousinen.
436 Sie bekämpfen wirkungsvolle CO₂-Grenzwerte, statt sie als Chance für technologische Innovati-
437 on und wettbewerbsfähige Produkte zu begreifen. Das ist ökologisch falsch und wirtschaftlich
438 kurzsichtig. Mit ihrer Blockade von ehrgeizigen CO₂-Grenzwerten hat sich Angela Merkel in
439 Brüssel zum Sprachrohr dieser verfehlten Lobbypolitik gemacht. Gleichzeitig hat sich gezeigt,
440 dass strengere Emissionsgrenzen trotz aller vorherigen Klagen nach Einführung umgesetzt wur-
441 den, ja teils sogar übertroffen werden.

442 **A.4.3 Für faire Rahmenbedingungen**

443 Nachhaltige Mobilität braucht faire Wettbewerbsbedingungen. Wir dürfen nicht länger den Ver-
444 kehr auf der Straße und in der Luft im Vergleich zur Schiene bevorteilen. Während Bahnfahrten
445 durch die Besteuerung der Kraftstoffe und die Mehrwertsteuer ständig teurer wird, wird der
446 Luftverkehr in der EU mit Steuersubventionen in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr
447 entlastet. Denn Fluggesellschaften sind von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen auch von
448 der Mehrwertsteuer befreit. Diese Bevorzugung des Luftverkehrs wollen wir beenden, um end-
449 lich fairen Wettbewerb herzustellen.

450 Fairness fordern wir auch bei den EU-Passagierrechten, die für die Reisenden zu den spürbaren
451 Erfolgen der EU-Verkehrspolitik zählen. Auch hier muss für alle Verkehrsmittel ein gleich hohes
452 VerbraucherInnenschutzniveau gelten, und bestehende Rechtslücken müssen geschlossen wer-
453 den. Wir stellen uns gegen den Versuch der Kommission, die Rechte der BürgerInnen zugunsten
454 der Fluggesellschaften aufzuweichen.

455 **A.5. EUROPAS VERBRAUCHERINNEN STARK MACHEN!**

456 **A.5.1 VerbraucherInnenpolitik für das 21. Jahrhundert**

457 Wir GRÜNE wollen bessere VerbraucherInnenpolitik. Es geht dabei um mehr als nur den Schutz
458 vor gesundheitlichen oder finanziellen Schäden. Wir wollen den VerbraucherInnen eine Stimme
459 geben und sie auf Augenhöhe mit den Unternehmen bringen. VerbraucherInnen benötigen
460 gute und umfassende Informationen, um bewusste Kaufentscheidungen treffen zu können. Der
461 EU-Ebene kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Was europäische VerbraucherInnenschutzpolitik
462 erreichen kann, zeigen die drastisch gesenkten Roaming-Gebühren innerhalb der EU.

463 Wir wollen starke, unabhängige VerbraucherInnenorganisationen sowie bessere VerbraucherIn-
464 nenrechte und neue Formen der Beteiligung und Mitbestimmung schaffen. Das Internet hat die
465 Art und Weise, wie VerbraucherInnen auch grenzüberschreitend kommunizieren, sich informie-
466 ren und einkaufen grundlegend verändert. Durch die globale Vernetzung und technologische
467 Fortschritte zum Beispiel im Energiebereich verschwimmen die Grenzen zwischen Konsumenten,
468 Produzenten und Händlern zunehmend. Dem muss eine moderne europäische VerbraucherIn-
469 nenpolitik Rechnung tragen, die auch ein essentieller Faktor für einen gut funktionierenden eu-
470 ropäischen Binnenmarkt ist..

471 **A.5.2 Gesunde Ernährung statt Etikettenschwindel**

472 Wir wollen eine Lebensmittelproduktion, die sich an der Qualität und nicht nur am Preis aus-
473 richtet. Aus Noroviren in Tiefkühlbeeren und Pferdefleisch in der Lasagne müssen Konsequen-
474 zen gezogen und die Lebensmittelsicherheit EU-weit verbessert werden. Dafür sind unabhängi-
475 ge und unangekündigte Lebensmittelkontrollen erforderlich, an denen die Unternehmen finan-
476 ziell beteiligt werden sollen. Die Ergebnisse der Kontrollen wollen wir veröffentlichen. Ebenso
477 sollten auch die Ergebnisse von Hygienekontrollen in Restaurants vor Ort veröffentlicht werden,
478 wie das heute in Dänemark bereits der Fall ist.

479 Wir wollen Lebensmittel frei von Gentechnik und Antibiotika. Wir brauchen eine leicht ver-
480 ständliche Kennzeichnung. Deshalb fordern wir eine EU-weit verpflichtende Herkunftsangabe
481 für Lebensmittel sowie eine Kennzeichnung der Tierhaltungsform. Die Kennzeichnungslücke für
482 Lebensmittel, für deren Erzeugung Genfutter genutzt wurde, wollen wir schließen. Außerdem
483 wollen wir klare Angaben zu tierischen Erzeugnissen in Lebensmitteln und deren Verwendung
484 bei der Lebensmittelproduktion sowie eine klare Kennzeichnung vegetarischer beziehungsweise
485 veganer Lebensmittel. Täuschende Angaben und Etikettenschwindel bei Lebensmitteln wollen
486 wir unterbinden. Wir werden uns weiter für eine verständliche Nährwertkennzeichnung in Form
487 einer Ampel starkmachen.

488 **A.5.3 Nachhaltigen Konsum stärken und Produkte sicher machen!**

489 Ausbeuterische, unwürdige oder gefährdende Produktions- und Herstellungsbedingungen sind
490 nicht akzeptabel. Wir setzen uns deshalb für eine transparente Kennzeichnung und die Einhal-
491 tung ökologischer und sozialer Standards ein. Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre
492 ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich der Lieferketten zu dokumen-
493 tieren und offenzulegen um die Entscheidung für nachhaltige Produkte zu ermöglichen. Was es
494 bei Lebensmitteln mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen –
495 wie bei Finanzprodukten (siehe Kapitel B3.3). Die Generalunternehmerhaftung, die in Deutsch-
496 land im Baugewerbe die Verantwortlichkeit von Unternehmen für die Arbeitsbedingungen ihrer
497 Subunternehmen festschreibt, wollen wir europaweit verankern und auf weitere Branchen aus-
498 dehnen. Damit wollen wir verhindern, dass sich Großauftragnehmer durch eine Auftragsverga-
499 be an Subunternehmen ihrer sozialen Verantwortung entledigen und ArbeitnehmerInnenrechte
500 unterlaufen.

501 Gegen den geplanten Verschleiß, bei dem Produkte so konstruiert werden, dass sie frühzeitig
502 kaputt gehen oder sich kaum reparieren lassen, wollen wir vorgehen und erreichen, dass Geräte

503 langlebiger, besser reparierbar und recycelbar sind. Dafür müssen unter anderem die Öko-Desi-
504 gn-Richtlinie und die europäischen Vorgaben zur Gewährleistung entsprechend überarbeitet
505 werden, um den VerbraucherInnen die Freiheit wiederzugeben selber zu entscheiden, wann sie
506 ihre Geräte ersetzen.

507 Um die Sicherheit von Produkten zu stärken, setzen wir uns für ein EU-Sicherheitsiegel sowie
508 für strengere Grenzwerte bis hin zu Verboten für krebserregende oder erbgutschädigende Stoffe
509 wie Weichmacher und Schwermetalle ein. Insbesondere in Kinderspielzeug haben Gifte nichts
510 zu suchen! Wir setzen uns daher für eine verpflichtende Drittprüfung für Kinderspielzeug sowie
511 eine Verbesserung der Marktüberwachung in der gesamten EU ein. Außerdem müssen hormo-
512 nell wirksame Stoffe überall dort, wo es Alternativen gibt, gemäß REACH (Chemikalien-Verord-
513 nung der EU) ersetzt werden. Auch bei der Entwicklung der Nanotechnologie muss das Vorsor-
514 geprinzip gelten. Solange die Unbedenklichkeit von Nanoprodukten nicht eindeutig festgestellt
515 ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Partikeln nicht auf den Markt kommen.
516 Durch die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Nanoproduktregisters und eine Kennzeich-
517 nungspflicht wollen wir Transparenz für VerbraucherInnen schaffen.

518 **A.5.4 Vor Abzocke schützen**

519 Kurzfristig vom Anbieter stornierte Urlaubsreisen oder hohe Handyrechnungen bei Reisen au-
520 ßerhalb der EU sind ein häufiges Ärgernis für VerbraucherInnen. Unternehmen mit unlauteren
521 Geschäftspraktiken müssen aber trotzdem selten rechtliche Schritte ihrer KundInnen fürchten,
522 da Aufwand und Risiko für VerbraucherInnen bei einer Klage unverhältnismäßig hoch sind. Wir
523 wollen, dass die EU verbindliche Vorgaben zur Einführung einer Gruppenklage macht. So kön-
524 nen sich Geschädigte vor Gericht zusammenschließen und ihr Recht gemeinsam durchsetzen.
525 Rückzahlungs- oder Entschädigungsforderungen können so mit einem geringeren individuellen
526 Risiko für VerbraucherInnen vorgebracht werden. Wir wollen den EU-Binnenmarkt und den
527 Schutz der VerbraucherInnen stärken. Dazu gehört auch, den Datenschutz als grundlegendes
528 Verbraucherrecht zu verstehen und zu sichern. Daher wollen wir die unterschiedlichen Regelun-
529 gen in der EU zur Gewährleistung überarbeiten und verbessern. Ein optionales Gemeinsames
530 Europäisches Kaufrecht ist allerdings problematisch. Denn dadurch würden nebeneinanderste-
531 hende unterschiedliche europäische und nationale Rechtsvorschriften geschaffen, die zu Verwir-
532 rung und Unsicherheit führen würden.

533 **A.6. NATÜRLICHEN REICHTUM BEWAHREN**

534 **A.6.1 Für eine bessere Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik**

535 Wir GRÜNE streiten für gesunde Lebensmittel, eine regional verankerte Lebensmittelerzeugung,
536 bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung. Auf dem Weg dorthin haben
537 wir gemeinsam mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, engagierten Umwelt- und Tierschütze-
538 rInnen und den alternativen Bauernverbänden erste Erfolge erzielt. Dazu zählt, dass heute im-
539 mer mehr Menschen davon überzeugt sind, dass Lebensmittelproduktion und der Schutz von
540 Lebensgrundlagen wie Wasser, Klima, Böden keine Gegensätze sein dürfen. Der ökologische
541 Landbau ist europaweit zu einem festen Bestandteil der Landwirtschaft geworden und für viele
542 Bäuerinnen und Bauern zu einer echten wirtschaftlichen Alternative. Zusammen mit den NGOs
543 ist es uns gelungen, dass in der EU derzeit mit wenigen Ausnahmen keine gentechnisch verän-
544 derten Pflanzen angebaut werden. Und auch in den vergangenen Agrarreformen konnten wir
545 grüne Akzente setzen und erste Schritte zur Umsetzung des Prinzips „Öffentliches Geld für Öff-
546 entliche Güter“ erzwingen.

547 Aber das alles reicht für eine echte Agrarwende noch lange nicht aus. Die europäische Agrarpo-
548 litik ist noch weit entfernt von einem zukunftsfähigen Kurs. Nach wie vor fördert die EU mit ei-
549 nem Großteil der Agrarsubventionen die Industrialisierung der Landwirtschaft und eine Export-

550 orientierung, die Schäden in vielen Regionen der Welt verursacht. Millionen von Bäuerinnen
551 und Bauern können dem Wachstumsdruck nicht standhalten und müssen ihre Höfe aufgeben.
552 Agrarindustrie und Massentierhaltung bescheren uns Giftstoffe, die in unsere Umwelt und in
553 unsere Lebensmittel gelangen. Diese Form der Landwirtschaft führt zu einer fatalen Klimabilanz
554 und fördert die Erosion der Böden und einen dramatischen Verlust der Artenvielfalt. Und ob-
555 wohl eine breite Mehrheit der europäischen VerbraucherInnen die Gentechnik entschieden ab-
556 lehnt, droht schon 2014 die Zulassung neuer Genpflanzen für den Anbau in Europa. Es ist
557 falsch, einzelne Bäuerinnen und Bauern für diese Fehlentwicklungen anzuklagen.

558 Der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger internationaler Handelskonzerne,
559 das Konsumverhalten und die politische Fördersystematik haben ein System entstehen lassen,
560 das nach dem Prinzip „Wachse oder Weiche“ arbeitet. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern su-
561 chen selbst eine Alternative dazu. Wir wollen sie ihnen bieten! Europa muss im kommenden
562 Jahrzehnt die Rahmenbedingungen für den Umstieg auf eine regional verankerte, bäuerliche
563 und ökologische Landwirtschaft schaffen. Direktzahlungen auf der Grundlage von Grundbesitz
564 sind überholt. Stattdessen wollen wir alle Agrarzahlungen an die Erbringung ökologischer und
565 sozialer Leistungen knüpfen wie Umwelt- und Tierschutz, Bodenfruchtbarkeit, Schaffung und
566 Erhalt von Arbeitsplätzen oder die Stärkung regionaler Wertschöpfung. Durch eine kontinuierli-
567 che Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und Mineraldünger sowie die Flächenbindung
568 der Tierhaltung wollen wir die Überdüngung unserer Äcker und Gewässer beenden. Dies ist
569 auch ein wichtiger Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz und zum Erhalt der biologischen
570 Vielfalt. Dazu gehört für uns zudem ein europaweites Aktionsprogramm zum Schutz der Bienen
571 und anderer Bestäuber, denn ohne sie können 80 Prozent unserer Nutzpflanzen nicht gedei-
572 hen. Wir setzen uns zudem für ein europäisches Saatgutrecht ein, das Erhaltungssorten oder die
573 Züchtung für den Ökolandbau nicht nur als Nischen toleriert, sondern aktiv fördert. Dazu ge-
574 hört auch die konsequente Kennzeichnung der Züchtungsmethoden, damit BäuerInnen, Gärt-
575 nerInnen und VerbraucherInnen wissen, was sie kaufen. Höhere Auflagen und Kosten für Erhal-
576 tungsiniciativen, Öko-ZüchterInnen oder gar HobbygärtnerInnen lehnen wir entschieden ab.
577 Wir wollen eine Agrarpolitik, welche die Vielfalt von Nutzpflanzen und Nutztierassen schützt
578 und fördert. Daher lehnen wir Patente auf Leben, Saatgut, Pflanzen und Tiere ab und streben
579 eine entsprechende Änderung der europäischen Biopatentrichtlinie an. Gentechnisch veränderte
580 Lebensmittel, Chlorhühner oder Hormonrindfleisch haben auf dem EU-Markt nichts verloren.

581 Wir kämpfen gegen Versuche, durch exklusive Abkommen der EU mit den USA (TTIP), Kanada
582 (CETA) oder anderen Staaten VerbraucherInnenschutz und Umweltstandards z. B. im Bereich
583 der Agrogentechnik auszuhebeln und Regeln für Agrarhandel und Agrarinvestitionen ohne par-
584 lamentarische Mitwirkung und zivilgesellschaftliche Beteiligung zu Gunsten der Agroindustrie
585 festzulegen.

586 **A.6.2 Die Landwirtschaft wird grün**

587 Die EU braucht eine Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume, die den Rückgang der Bevöl-
588 kerung in vielen ländlichen Regionen gestaltet und den ländlichen Raum für ExistenzgründerIn-
589 nen aus dem landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Bereich attraktiv macht. Die
590 Entwicklung agrarökologischer Systeme, wie die Kreislaufwirtschaft, dezentrale Energieversor-
591 gung und regionale und lokale Kooperationspartnerschaften sollen in den neuen EU-Program-
592 men für Innovation, Forschung und Ausbildung Eingang finden. Wir GRÜNE werden den ökolo-
593 gischen Landbau als Leitbild für die Landwirtschaft der Zukunft weiterhin fördern und seine po-
594 sitiven Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen stärken. Dazu sollen europäische Kam-
595 pagnen zu den Vorteilen des Ökolandbaus finanziert und die Richtlinien für ökologische Betrie-
596 be weiterentwickelt werden. Wir sehen in der engeren Zusammenarbeit von Produzenten und
597 VerbraucherInnen z.B. in der solidarischen Landwirtschaft ein Modell, das Zukunft hat. Wichtig

598 ist uns dabei nach wie vor, auf die weitreichenden Folgen hinzuweisen, die der enorm hohe
599 Fleischkonsum mit seiner extensiven großindustriellen Produktionsform mit sich bringt und hier-
600 bei eine Trendumkehr zu erreichen. Unser Ziel ist weiterhin, Land nicht zum Spekulationsobjekt
601 werden zu lassen. Wir stehen an der Seite der BäuerInnen, wenn ihre Existenzgrundlage durch
602 Landspekulationen bedroht wird. Auch Nahrungsmittelspekulationen, Energiepflanzenanbau
603 und Lebensmittelverschwendung sind Herausforderungen, für die es einer europäischen Ant-
604 wort bedarf. Wir wollen ein bewusstes Konsumverhalten fördern und der nachhaltigen Lebens-
605 mittelproduktion Vorrang geben. Als VerbraucherInnen können wir die Erzeugung gesunder Le-
606 bensmittel fördern – wenn wir uns bewusst für ökologische und regionale Produkte entschei-
607 den. Wir wollen EU-weit Programme, die die Kooperation zwischen BäuerInnen, lokalen und re-
608 gionalen Verarbeitern und VerbraucherInnen – etwa im Bereich der Schulernährung – fördern,
609 statt den fatalen Verdrängungswettbewerb weiter zu verschärfen.

610 **A.6.3 Keine Gentechnik in Europa**

611 Gentechnisch veränderte Pflanzen bedeuten unkalkulierbare Risiken für Umwelt, Gesundheit
612 und Gesellschaft. Wir setzen uns für eine konsequente Reform des europäischen Zulassungsver-
613 fahrens ein, damit diese Risiken endlich gründlich untersucht werden. Gleichzeitig wollen wir die
614 unabhängige Risikoforschung stärken, damit die Studien für die Zulassung nicht länger nur von
615 Agrochemie-Konzernen erstellt werden. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten,
616 sich rechtssicher und dauerhaft gegen den Gentechnik-Anbau zu entscheiden, um z.B. die gen-
617 technikfreie und ökologische Produktion zu schützen. Den Vorschlag der Kommission, nationale
618 Anbauverbot mit einer erleichterten und beschleunigten Zulassung von GVO zu verknüpfen,
619 lehnen wir ab. Wir wollen das Saatgut von gentechnischen Verunreinigungen reinhalten, darum
620 hat die Nulltoleranz gegenüber gentechnischen Verunreinigungen für uns weiterhin höchste
621 Priorität. Um die Abhängigkeit der europäischen Tierproduktion von gentechnisch verändertem
622 Import-Soja zu verringern, wollen wir eine europäische Eiweißpflanzenstrategie auf den Weg
623 bringen. Eine Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte wie Milch, Fleisch und Eier, die mit
624 Gentechnik-Futter erzeugt wurden, soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern zudem endlich
625 die Möglichkeit geben, beim Einkauf überall in der EU eine informierte Kaufentscheidung zu
626 treffen.

627 **A. 6.4 Den Tierschutz in Europa stärken**

628 2009 hat die EU den Tierschutz als Wert in den europäischen Verträgen verankert. Das ist ein
629 Meilenstein für den Tierschutz; er muss sich aber auch in der Gesetzgebung der Union wieder-
630 finden.

631 Für alle Tiere in der Landwirtschaft muss es anspruchsvolle und verbindliche Haltungsvorschrif-
632 ten geben, die sich am Tierwohl orientieren und eine artgemäße Haltung sicherstellen. Wir wol-
633 len eine Anpassung der Ställe an die Bedürfnisse der Tiere und keine Anpassung der Tiere an
634 den Stall. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Stallanlagen EU-weit nur noch mit
635 wirksamer Abluftfilterung genehmigt werden. Die Schlachtung ist möglichst schmerzfrei zu ge-
636 stalten. Käfighaltung und Qualzuchten müssen europaweit beendet werden. Das Klonen von
637 Nutztieren lehnen wir aus ethischen und tierschutzrechtlichen Gründen ab, genauso wie den
638 Import und die Vermarktung der Produkte dieser Tiere und ihrer Nachkommen. Die Schlachtung
639 muss schmerzfrei ausgeführt werden. In der EU-Schlachtverordnung ist festzulegen, dass betäu-
640 bungslose Schlachtungen nur dann behördlich genehmigt werden dürfen, wenn nachgewiesen
641 werden kann, dass den Tieren im Vergleich zu einem Schlachten mit vorheriger Betäubung keine
642 unnötigen Schmerzen oder Leiden entstehen.

643 Tiertransporte sollen so kurz wie möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass wieder ein Netz
644 kleiner, regionaler Schlachtstätten entsteht, um unnötige Transportzeiten zu vermeiden und re-

645 gionale Vermarktungsstrukturen zu stärken. Die Transportzeit für grenzüberschreitende Trans-
646 porte ist auf acht Stunden zu begrenzen. Wir GRÜNE wollen eine klare Kennzeichnung von Pro-
647 dukten mit tierischen Inhaltsstoffen, ihrer Herkunft und der Haltungsform, um bewusste Kauf-
648 entscheidungen zu ermöglichen.

649 Wir setzen uns europaweit für ein Ende der Tötung streunender Hunde und Katzen ein und for-
650 dern für die betroffenen Länder tierschutzgerechte Alternativen . Dazu wollen wir die öffentli-
651 che und private Geburtenkontrolle ohne Tötung von Tieren stärken, Tierversorgung fördern und
652 die artgerechte Haltung von Hunden und Katzen erreichen, die in öffentlichen oder privaten
653 Sammeleinrichtungen verwahrt werden. Wir wollen erreichen, dass Tierversuche durch tierversuch-
654 suchsfreie Methoden ersetzt werden. Deswegen müssen europäische Mittel für die Erforschung
655 und Erprobung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden bereitgestellt werden. Das 2013 in Kraft
656 getretene Verbot von Tierversuchen für kosmetische Produkte muss konsequent umgesetzt wer-
657 den und auf Versuche für Haushalts- und Reinigungsmittel ausgeweitet werden.

658 Die EU muss sich stärker für den internationalen Artenschutz engagieren. Daher wollen die In-
659 strumente internationaler Artenschutzabkommen (z.B. CITES) stärken und zielgerichteter sowie
660 schneller anwenden. Für Arten, die selbst in zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsge-
661 mäß gehalten werden können, wollen wir den Import beenden.

662 **A. 6.5 Artenschutz sichern, Naturerbe bewahren**

663 Wir wollen auf europäischer Ebene für einen besseren Natur- und Landschaftsschutz sorgen und
664 treten dafür ein, dass der Verlust an biologischer Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosys-
665 teme in der EU bis 2020 gestoppt wird. Das hat sich die EU zum Ziel gesetzt und auf Ebene der
666 Vereinten Nationen versprochen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen wir dafür sor-
667 gen, dass die EU-Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Umsetzungs- und Aktionsplan ver-
668 sehen wird und ressortübergreifend zum Tragen kommt. Das bedeutet nicht nur den Abbau
669 schädlicher Subventionen, sondern auch eine Verankerung der Biodiversität in der Finanzpla-
670 nung. Mittel aus der Regionalförderung müssen ökologische Mindestauflagen beinhalten. Für
671 den Wirtschaftswald in Europa streben wir eine naturnahe Bewirtschaftung – mindestens dem
672 FSC-Standard entsprechend – an. Wie die Biodiversitätsstrategie vorsieht, sollen fünf Prozent
673 des Waldes als ökologische Vorranggebiete dauerhaft nicht forstwirtschaftlich genutzt werden.

674 Die EU hat mit Natura 2000 ein hervorragendes Schutzgebietssystem geschaffen, das es zu er-
675 halten und auszubauen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass ausgewiesene Natura-2000-Schutz-
676 gebiete ernsthaft geschützt und gepflegt werden. Dafür braucht es eine ausreichende Finanze-
677 rung. Allerdings sind noch große Umsetzungsdefizite in den Mitgliedstaaten zu beheben.

678 Wir setzen uns in Europa für gemeinsame Regelungen zum Schutz der Böden ein. Europaweit
679 müssen Böden gegen Erosion, Verschmutzung und massive Versiegelung geschützt werden. Der
680 Verlust an Bodenfruchtbarkeit stellt eine immer größere Gefahr für die Ernährung und die biolo-
681 gische Vielfalt dar. Vorschläge der EU-Kommission, die sich am deutschen Bodenschutzrecht ori-
682 entieren und vom Europäischen Parlament gestützt werden, dürfen von der deutschen Bundes-
683 regierung nicht länger blockiert werden.

684 Und wir treten dafür ein, dass auf europäischer Ebene unser gemeinsames Naturerbe besser ge-
685 schützt wird. Außerdem muss die EU ihren Beitrag leisten, die Biodiversität weltweit zu erhalten
686 und ihr internationales Handeln danach auszurichten.

687 **A.6.6 Für besseren Gewässerschutz und nachhaltige Wasserwirtschaft**

688 Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Wir wollen sauberes Wasser, doch unsere Gewässer sind
689 in einem schlechten Zustand. In den Meeren schwimmen bald mehr Plastikabfälle als Fische, das
690 Wasser versauert, wird überdüngt und falsch bewirtschaftet. Das muss sich ändern! Wir müssen

691 Wasser als Ressource schützen. Dafür hat Europa sinnvolle Instrumente geschaffen: Die Wasser-
692 rahmenrichtlinie, die Nitratrichtlinie und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Doch diese Re-
693 geln erfordern eine konsequente Umsetzung und dabei die angemessene Berücksichtigung von
694 Naturschutzbelangen. Wir GRÜNE fordern eine schärfere Kontrolle und konsequente Vertrags-
695 verletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die diese europäischen Gesetze ignorieren.

696 Der „gute ökologische und chemische Zustand“ für Gewässer und Grundwasser ist schnellst-
697 möglich ohne weitere Fristverlängerung herzustellen. Die aus Pestizideinsatz und Überdüngung
698 resultierenden Emissionen und Belastungen des Trinkwassers müssen reduziert werden. Der
699 Wasserwirtschaft in der Landwirtschaft beispielsweise durch den intensiven Bewässerungsanbau
700 in unter Wasserknappheit leidenden Regionen muss dringend Einhalt geboten werden. Darüber
701 hinaus wollen wir eine Ausweitung und Vernetzung von Meeresschutzgebieten in Europa und
702 international. Internationale Konventionen und auch das europäische „Natura 2000“-Schutzge-
703 bietsnetz sind eine gute Grundlage, dieses Anliegen voranzutreiben. Ob in der Arktis oder in der
704 Ostsee: Meeresschutzgebiete und insbesondere fischereifreie Zonen erlauben Rückzugsgebiete
705 für bedrohte Fischarten und Meerestiere.

706 Eine nachhaltige Nutzung von Wasser bedeutet auch, die Überfischung zu beenden. Die neu
707 geschaffenen Verpflichtungen zum Schutz von Meer und Fischbestand – für die wir uns erfolg-
708 reich eingesetzt haben – muss die EU nun auch einhalten und transparent machen, damit sie
709 überprüft werden können. Außerdem fordern wir GRÜNE, dass die EU sich auf eine nachhaltige
710 Fischerei festlegt und selektive Fangmethoden fördert. Europäische Fangflotten dürfen nicht
711 weiter die Fischgründe vor den Küsten Afrikas und im Pazifik ausplündern und damit lokalen Fi-
712 scherInnen die Lebensgrundlage nehmen, was nach wie vor auch noch mit Steuergeldern kräf-
713 tig unterstützt wird. Die EU muss sich zudem stärker gegen illegalen Fischfang engagieren.

714 Unsere großen Flüsse sind nicht nur wichtige Wasserwege. Sie sind, wie ihre Ufer und Auen,
715 auch Erholungsräume für uns Menschen. Deshalb wollen wir eine Schifffahrt, die nachhaltig ist,
716 die Artenvielfalt ebenso wie unsere Trinkwasservorräte schützt und die Gebiete für den natürli-
717 chen Hochwasserschutz erhält. Jeder Mensch soll Zugang zu frischem und bezahlbarem Trink-
718 wasser haben. Den Bestrebungen, öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren, stellen wir uns
719 entgegen.